

Jörg Nobis zur Debatte um Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnsiedlungen:

„Wir wollen einen größeren Mindestabstand zwischen Wohnsiedlungen und Windkraftanlagen“

Kiel, 19. November 2019 **Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier legt einen Gesetzentwurf vor, der einen Abstand von 1.000 Metern zwischen Wohnsiedlungen und Windkraftanlagen festschreibt. Ministerpräsident Daniel Günther lehnt das ab, weil es so beim Windkraftausbau „keinen Zuwachs mehr geben würde“. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Um Bürger vor den möglichen gesundheitsschädlichen Effekten der zumeist riesigen Windkraftanlagen besser zu schützen, braucht Schleswig-Holstein einen Mindestabstand von ‚10H‘ zwischen Windkraftanlagen und Wohnsiedlungen. Das entspricht der zehnfachen Mastenhöhe.

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sieht hingegen schon bei einer Abstandsbeschränkung auf die fünffache Mastenhöhe den Windkraftausbau in Gefahr. Dabei hatte Jamaika selbst noch im August 2018 einen Kabinettsbeschluss zur Regionalplanung Wind gefasst, der eine Abstandsregelung ‚5H‘, also etwa 1.000 Meter, vorsieht – womit Jamaika bereits die von der CDU noch im Landtagswahlkampf versprochenen 1.200 Meter Mindestabstand unterläuft. Bei der Eröffnung der Messe Husum Wind forderte Günther folgerichtig, die amtlich ausgewiesenen Netzausbaugelände ganz abzuschaffen, die den weiteren Ausbau der Windenergie beschränken.

Es zeigt sich erneut: Um die Energiewende durchzusetzen, übergeht Jamaika die Bürger. Die AfD-Fraktion fordert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen und den weiteren Ausbau der Windkraft in Schleswig-Holstein künftig in den Offshore-Bereich zu verlagern.“

Weitere Informationen:

- **KN-Artikel** (Print) „Kiel lehnt neue Abstandsregel ab“ vom 19. November 2019